

# Dringend benötigt, dennoch abgeschoben

## Kubanische Ärzte verlassen Guatemala. Die dortige Regierung hat die entsprechenden Verträge nicht verlängert

Von Thorben Austen, Guatemala-Stadt

Kubanische Ärzte verlassen Guatemala. Nach Medienberichten sind am Dienstag die ersten zehn Mediziner ausgereist. Grundlage ist die Entscheidung des guatemaltekischen Außenministeriums, die Verträge mit kubanischen Gesundheitsbrigaden nicht zu verlängern. Sie fiel bereits Anfang Januar, wurde aber erst durch [einen Artikel in Prensa Comunitaria](#) Ende Januar öffentlich bekannt. Seitdem regt sich im Land Widerspruch gegen die Entscheidung. Zentraler Punkt in der Auseinandersetzung ist die Frage, ob das guatemaltekische Gesundheitssystem die ausfallende kubanische Gesundheitsbrigade ersetzen kann. Laut *Prensa Libre* waren bisher 412 Fachärzte und Pflegekräfte im Land, überwiegend in entlegenen und armen Landstrichen.

Guatemalas sozialdemokratischer Staatschef Bernardo Arévalo sagte in einem Interview mit *France 24*, die Kubaner würden durch »guatemaltekische Ärzte und Pflegekräfte ersetzt«, die kubanischen Mediziner würden »nicht ausgewiesen, sondern die Verträge nicht verlängert.«

*Prensa Libre* widersprach in einem Artikel vom Montag dieser Darstellung. »Mit dem Abzug der kubanischen Ärztebrigade aus dem Land hat das Gesundheitsministerium noch keine Strategie entwickelt, um die Lücke zu füllen, die durch den Verlust der 412 Fachärzte und Krankenschwestern entstanden ist, die hauptsächlich indigenen Gemeinden in ländlichen Gebieten zugeteilt waren«, hieß es.

Miguel Ángel Sandoval, Schriftsteller und Soziologe, der den ersten Artikel über die Beendigung des Einsatzes der kubanischen Medizinbrigade für *Prensa Comunitaria* verfasst hatte, ärgert sich über die Behauptungen von Regierungsseite. »Vor meinen Artikel habe ich natürlich den Gesundheitsminister um eine Stellungnahme gebeten. Dort hieß es, die Lücke werde geschlossen. Jetzt schreibt ein konservatives Medium wie *Prensa Libre*, es gäbe gar keinen Plan«, erklärte Sandoval auf einer Veranstaltung der »Koordinationsgruppe Solidarität mit Kuba ›José Martí« am 24. Februar in Guatemala-Stadt. Die Kubaner waren 1998 nach der »Katastrophe durch den Hurrikan ›Mitch« ins Land gekommen, ihr Weggehen wird für eine neue Katastrophe sorgen«, sagte Sandoval.

Die guatemaltekische Ärztin Alma Zacarías erzählte auf der gleichen Veranstaltung, vor allem in den indigenen Gebieten des Landes rege sich Widerstand gegen die Entscheidung. In fünf Departamentos würden die Gemeindeführer den Protest organisieren. »In der ersten Phase wurde die Bevölkerung informiert. Jetzt beginnen die Phasen zwei und drei, in denen Aktionen entwickelt und auch juristische Schritte gegangen werden.«

Vor allem die indigene Bevölkerung geht gegen die Entscheidung vor. Das liegt laut Zacarías nicht nur daran, dass viele Indigene in den entlegenen Gebieten besonders betroffen sind. »Das kubanische Modell der präventiven Gesundheitsversorgung ist den indigenen Gemeinschaften mit den Vorstellungen von traditioneller Medizin näher als die in Guatemala gelehrt Schulmedizin, die vor allem auf den Einsatz von chemischen Medikamenten setzt«, erklärte sie. Sie selbst hat in Kuba studiert. Geboren in einer armen Familie am Rande von Quetzaltenango, hat sie als kleines Mädchen bereits gearbeitet und nur durch die Hilfe der Organisation Ceipa überhaupt eine Schule besuchen können, sagte sie gegenüber *jW*. »Ein Medizinstudium in Guatemala wäre für mich niemals möglich gewesen.« Auf Kuba hat sie nicht nur Medizin studiert, sondern konnte auch neue Weisen des gesellschaftlichen Lebens kennenlernen, erzählt sie. Wenn die Kubaner von »Entwicklung reden, ist soziale Entwicklung und eine auf soziale Gerechtigkeit orientierte Gesellschaft gemeint«, das »totale Gegenteil von dem, was ein Donald Trump oder ein Neoliberaler in Guatemala mit dem gleichen Wort meinen«.

Offiziell hat die guatemaltekische Regierung keine Begründung für die Entscheidung vorgelegt, eine schriftliche Anfrage von *jW* beim Gesundheitsministerium zu den Gründen der Entscheidung und den Ersatzmöglichkeiten durch guatemaltekische Ärzte blieb unbeantwortet. [Die New York Times](#) schrieb in einem Artikel von Mitte Februar, die Entscheidung sei auf »Druck aus den USA zustande gekommen«. Das Blatt verwies auf die Ankündigungen von US-Außenminister Marco Rubio, Visabeschränkungen für Politiker zu erlassen, die mit Medizinbrigaden zusammenarbeiten. Allerdings sei der guatemaltekische Gesundheitsminister Joaquín Barnoya Pérez nicht betroffen gewesen.

Laut Medienberichten beendete auch das Nachbarland Honduras unter der rechten Regierung von Nasry Asfura das Programm mit 130 kubanischen Ärzten. Danach haben die ersten das Land schon verlassen; »mit Tränen und Applaus« wurden kubanische Ärzte aus Kliniken verabschiedet, hieß es in einem Beitrag von *El Libertador*.

In einem Artikel von *El Financiero* wurde darüber spekuliert, ob auch Mexiko durch den Druck aus Washington die kubanischen Medizinbrigaden ausweisen wird. Von seiten der mexikanischen Regierung gibt es hierzu bisher keine Stellungnahme. [Nach einem Beitrag von TV azteca](#) waren im Januar dieses Jahres 3.650 kubanische Ärzte im Land. Die Bahamas und weitere Karibikstaaten wiederum haben die Programme nach Medienberichten bereits »modifiziert und reduziert«.

Die weltweit erste kubanische Ärztebrigade traf am 23. Mai 1963 in Algerien auf Bitten der dortigen Regierung ein. Das Land hatte nach dem Ende der französischen Kolonialherrschaft eine schwierige medizinische Situation zu

bewältigen, nachdem die meisten französischen Ärzte mit dem Ende der Kolonialherrschaft das Land verlassen hatten. 2024 waren kubanische Gesundheitsbrigaden in 56 Ländern mit 23.000 Ärzten, Krankenpflegern und technischem Personal im Einsatz. Neben dem Aspekt der internationalen Solidarität sind die Brigaden auch eine wichtige Einnahmequelle für Kuba geworden, laut einiger Medien neben dem Tourismus die bedeutendste Quelle für Devisen.

### **Hintergrund: Hilfe für Kuba**

Vor dem Hintergrund der angekündigten Beendigung des Einsatzes der kubanischen Medizinbrigade und der Verschärfung der Blockade gegen Kuba versuchen linke Aktivisten in Guatemala, die Solidaritätsarbeit voranzubringen. Die Veranstaltung der »Koordination Solidarität mit Kuba ›José Martí« am 24. Februar in der Hauptstadt sollte dazu ein erster Schritt sein, die Solidaritätsbewegung zu strukturieren und erste Schritte einzuleiten, erklärte eine Aktivistin. Verschiedene Ideen wurden geäußert, wie Spendensammlungen, Lieferungen von Hilfsgütern und die Unterstützung der Inselrepublik mit Solarzellen. Von offizieller kubanischer Seite waren Botschafter Nazario Fernández und Konsul Raúl Antonio Cardoso anwesend. Fernández bedankte sich in einer kurzen Ansprache für die »Hilfe für Kuba in schwierigen Zeiten«, die Lage auf der Insel sei »sehr ernst«, aber Kuba »ergibt sich nicht«. Der Botschafter erinnerte an die ersten Tage des Guerillakampfes nach der Landung der »Granma«. Nach ersten Gefechten waren noch zwölf Guerilleros am Leben, mit insgesamt sieben Gewehren. Die Fidel Castro zugeschriebene Aussage »Jetzt gewinnen wir den Krieg«, wurde später von seinem Bruder Raúl bestätigt, dieser habe aber im ersten Moment gedacht, »Mein Bruder ist verrückt geworden«, erzählte Fernández.

Aura Lilly Escobar, stellvertretende Generalsekretärin der linken Partei Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca (URNG) erinnert an die Jahrzehnte der Diktatur und des Bürgerkriegs in Guatemala, in denen schon die Verwendung des Worts »Kuba« Repressionen zur Folge haben konnte. Ihre 1982 als Zusammenschluss von vier Guerillagruppen gegründete Organisation sei von Kuba stets solidarisch unterstützt worden und habe der Insel auch die Einheit der linken Organisation zu verdanken. »Nicht mit Zwang, aber die kubanischen Genossen und Fidel haben stets darauf gedrängt, dass wir die Einheit suchen müssen«, erklärte sie gegenüber *jW*.

Tatsächlich hatte schon der Beginn des bewaffneten Kampfes in Guatemala unmittelbar mit Kuba zu tun. Die Erhebung von Offizieren und Studenten am 13. November 1960, die sechs Jahre nach dem von der CIA organisierten Sturz der sozialdemokratischen Regierung von Jacobo Árbenz den Beginn des Bürgerkrieges markierte, hatte einen unmittelbaren internationalen Auslöser. Kurz zuvor war bekanntgeworden, dass auf einem Anwesen der Oligarchenfamilie Alejos Arzú, der Finca Helvetia an der Costa Sur, Angehörige der exilkubanischen »Brigada 2506« für eine Invasion auf der Insel trainierten.

Die diplomatischen Beziehungen zu Kuba hatte Guatemala bereits im April 1960 abgebrochen, die damalige Regierung von Miguel Ydígoras Fuentes hatte behauptet, Kuba plane eine Invasion in Guatemala. Erst nach Ende des

Bürgerkrieges wurden im Januar 1998 die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Als Soforthilfe nach dem Hurrikan »Mitch«, der im Oktober und November 1998 große Teile Mittelamerikas verwüstete, begann die Kooperation mit kubanischen Medizinbrigaden. Noch am 14. August 2024 wurde die Kooperation mit einem Abkommen zwischen dem guatemaltekischen Gesundheitsminister und dem kubanischen Botschafter ausgeweitet, bis 2027 sollte die Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit verstärkt werden. (ta)

*<https://www.jungewelt.de/artikel/518565.guatemala-dringend-benotigt-dennoch-abgeschoben.html>*